



# GO M.A.D. GO Meet A Deputy!



## der Abgeordneten-Check zur Agrarpolitik der EU

Am 12. März fallen im Europaparlament die Würfel für die nächsten sieben Jahre europäischer Agrarpolitik. Es geht um jährlich über 50 Milliarden Euro und einen Dschungel von Verordnungen. Sie bestimmen darüber:

- ✓ Welche Formen der Landwirtschaft werden sich für Landwirte in der EU noch lohnen?
- ✓ Wie viele Höfe überleben bis 2020? (Ein Viertel aller Höfe hat 2007-2013 aufgegeben.)
- ✓ Wie verhindern wir die weitere Entvölkerung ländlicher Regionen?
- ✓ Wie viel Pestizide, wie viel Kunstdünger werden ausgebracht?
- ✓ Welche Tierhaltung rechnet sich? Wie viel Respekt ist machbar? Wie viel wird exportiert?
- ✓ Wie viele Millionen Hektar werden weltweit mit Soja bebaut, die die EU als Futtermittel für ihre Tierproduktion importiert?
- ✓ Welche Chancen haben Kleinbauern in Afrika und Asien gegen die subventionierte und industrialisierte Konkurrenz aus Europa?
- ✓ Wie verändern sich unsere Landschaften? Wie viele Arten überleben die Monokulturen?
- ✓ Welche Lebensmittel werden uns von wo zu welchem Preis angeboten?

Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, die Direktzahlungen, die Landwirten pro Hektar bezahlt werden (in Deutschland 310 €) nur zu gewähren, wenn dem ein Minimum an Umweltleistungen gegenübersteht. Pro Jahr sollen mindestens 3 Ackerfrüchte angebaut werden, die größte nicht mehr als 70% ausmachen; Grünland soll erhalten bleiben; 7% der Ackerfläche als ökologische Vorrangfläche bewirtschaftet werden. Zudem schlägt sie Subventions-Obergrenzen vor.

Das waren zaghafte, aber immerhin Vorschläge in die richtige Richtung. Etablierte Bauernverbände und Agrarindustrie laufen dagegen Sturm. Im Agrarausschuss des Europäischen Parlaments hat ihre Lobby erreicht, dass die „Greening“-Vorschläge der Kommission so verwässert und mit Ausnahmen gespickt werden sollen, dass davon nichts mehr übrig bleibt. Die neuen Verordnungen könnten sogar mehr Umweltschäden durchgehen lassen als bisher.

Viele hatten gehofft, die Beteiligung der direkt gewählten Volksvertreterinnen des Europäischen Parlamentes werde den Milliardenpoker um die Agrarsubventionen transparenter und demokratischer machen. Erstmals müssen sich die Agrarminister bei der Verteilung der Mittel mit dem Parlament einigen. Doch die Abstimmung im Agrarausschuss des EP am 23./24. Januar zeichnet ein anderes Bild. Die grosse Mehrheit seiner Abgeordneten vertritt eher noch härter als die Minister die Interessen der Agrar-Industrie.

Am 12. März müssen die Vorschläge des Ausschusses im Plenum des Parlamentes abgestimmt werden. Das ist praktisch die letzte Chance, das „Greening“ zu verteidigen. Dazu muss eine Mehrheit der 754 Abgeordneten, die nicht von der Agrarlobby abhängig sind, aber 2014 wieder gewählt werden wollen, das ablehnen, was ihre Agrarier als parteiübergreifenden Kompromiss präsentieren.

Dies ist nicht üblich. In der Regel folgen die Abgeordneten den Vorschlägen ihrer Ausschüsse und der Experten ihrer Fraktionen. Niemand kann Experte für alles sein. Doch denen zu folgen, die die interessierte Wirtschaft vertreten, ist gefährlich. Alternativvorschläge der Ausschüsse für Umwelt und Entwicklung hat der Agrarausschuss abgelehnt. Die Verbraucher bleiben auf der Strecke.

Hier eine Liste der schlimmsten „Verbesserungen“, die der Agrarausschuss vorschlägt, und unser Vorschlag wie die Abgeordneten im Plenum im März abstimmen sollten.

<b>Das will der Agrarausschuss des EP</b>	<b>Das wollen wir</b>
Empfänger der Subventionen bleiben geheim	Volle Transparenz bei allen Subvention
Einhaltung des Greenings würde de facto freiwillig: Wer auf 30 Prozent der Zahlungen verzichtet, kauft sich frei und behält 70% der Subventionen	Einhaltung des Greening ist Voraussetzung für die gesamten Direktzahlungen ( <i>KOM*</i> )
Umweltleistungen werden durch Direktzahlungen und spezielle Umweltmittel zweimal bezahlt	Keine Doppelzahlungen für ein und dieselbe Leistung ( <i>KOM</i> )
Die Vorgaben selbst würden mit einer Vielzahl von Ausnahmen und sogenannten „gleichwertigen Standards“ der einzelnen Mitgliedsstaaten unterlaufen	Einfache, klare, leicht zu verwaltende und zu überprüfende Mindeststandards für alle Landwirte ( <i>KOM</i> )
Statt 7 % ökologischer Vorrangfläche sollen nur 3 % vorgeschrieben werden, die dann später gesteigert werden könnten	Wenn schon nicht 10 Prozent, dann wenigstens die von der Kommission vorgeschlagenen 7% ( <i>KOM</i> )
Nicht die Landwirte, die das Geld bekommen, sondern die Staaten bzw. Bundesländer sollen garantieren, dass die Fläche der Weiden und Wiesen nicht geringer wird	Weiden und Wiesen nicht umzubrechen soll eine Voraussetzung für die Zahlungen bleiben und deshalb in der Verantwortung jedes Landwirts ( <i>KOM</i> )
Steuergelder für die ländliche Entwicklung (2. Säule) sollen in private Versicherungen gegen Preisschwankungen fließen können	Keine Steuergelder für private Versicherungssubventionen, die nur Banken und Versicherungsgesellschaften nützen
Anbau-„Diversifizierung“: Zwei Früchte ab einer Größe von 10 ha, drei ab 30 ha – Monokulturen bleiben stets auf 80% der Ackerfläche möglich (Kommission schlägt 2 Früchte ab 5 ha und 70% vor)	Statt „Diversifizierung“ in einem Jahr, echte Fruchtfolge von mindestens 3 Früchten über drei Jahre für alle Betriebe – nur so verhindern wir Monokulturen ( <i>Position des Umweltausschusses</i> )
Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften der Wasserschutz- und der Pestizid-Richtlinie der EU keine Voraussetzung für die Direktzahlungen	Gerade die Einhaltung aller Gewässerschutz- und Pestizidgesetze muß Voraussetzung für die Zahlungen bleiben ( <i>KOM</i> )
Keine Überprüfung der Auswirkungen der Agrarpolitik auf Welthunger und kleine Landwirte in Entwicklungsländern	Monitoring der globalen Auswirkungen und Einhaltung internationaler Abkommen ( <i>Position des Entwicklungsausschusses</i> )
Exportsubventionen beibehalten, wegen hoher Weltmarktpreise gegenwärtig keine Mittel dafür	Endgültige Abschaffung der Exportsubventionen ( <i>Pos. Entwicklungsausschuss</i> )

\* „KOM“ heißt, den Vorschlag der Kommission beizubehalten. (Stand. 31. Januar 2013)

**Neueste Informationen** unter [www.meine-landwirtschaft.de](http://www.meine-landwirtschaft.de) und [www.arc2020.eu](http://www.arc2020.eu)

**Kontakt** zu Go MAD: Telefon: 030 28482324, Email: [gomad@gfgf.eu](mailto:gomad@gfgf.eu) Fax: 030 27590312